

# **Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg**

## **Lehrplan**

45-6512-2220/51/3  
vom 9. Oktober 2009

### **Bildungsplan für die Berufsfach- schule**

**Band 1**  
**Zweijährige zur Prüfung der Fach-  
schulreife führende Berufsfach-  
schule**

**Berufsbezogene Fächer**  
**Gewerblicher Bereich**

**Berufliche Vertiefungsfächer**  
**(Wahlpflichtbereich)**

**Heft 7**  
**Wirtschaftskompetenz**

**Schuljahr 1 und 2**

**Der Lehrplan tritt zur Erprobung**  
**für das 1. Schuljahr**  
**mit Wirkung vom 1. August 2009,**  
**für das 2. Schuljahr**  
**am 1. August 2010 in Kraft.**

**Baden-  
Württemberg**



## Inhaltsverzeichnis

- 3 Vorbemerkungen
- 4 Lehrplanübersicht

Auf den Inhalt des Hefts „Allgemeine Aussagen zum Bildungsplan“ wird besonders hingewiesen:

- Hinweise für die Benutzung
- Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der beruflichen Schulen
- Der besondere Erziehungs- und Bildungsauftrag der Berufsfachschule
- Die zweijährige zur Prüfung der Fachschulreife führende Berufsfachschule

## Vorbemerkungen

Die Aufgabe der Wirtschaftskompetenz des gewerblichen Bereichs an der zweijährigen zur Fachschulreife führenden Berufsfachschule besteht darin, die Selbstständigkeit und das Verantwortungsbewusstsein der Schülerinnen und Schüler bei der Bewältigung wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialer Anforderungen im beruflichen und privaten Bereich zu fördern. Die Schülerinnen und Schüler sollen dadurch befähigt werden, z. B. den Wirtschaftsteil einer Tageszeitung zu verstehen, ein Gespräch über Geldanlagen oder Kredite am Bankschalter zu führen und einen einfachen wirtschafts- oder arbeitsrechtlichen Sachverhalt aus Gesetzestexten nachzuvollziehen.

Durch selbst organisierte Lernprozesse und eine interaktionsbetonte Unterrichtsgestaltung wird unter Zurücknahme der Einflussnahme der Lehrkraft die direkte und intensive Kommunikation von Schülerinnen und Schülern und Stoff bewirkt. Sie erwerben dabei Fach-, Methoden- und Sozialkompetenzen. Dadurch werden ihre Selbstständigkeit, Flexibilität und Kreativität, ihre Kritikfähigkeit, Teamfähigkeit und Entscheidungsfähigkeit und ihr Verständnis für unternehmerisches Risiko gefördert. Dies geschieht u. a. durch das Auswerten von Rollenspielen, Schaubildern, Statistiken, Textquellen, Karikaturen und das Lösen einfacher Rechtsfälle mit Hilfe von Gesetzestexten. Darüber hinaus sind moralische Kompetenzen anzustreben. Sie bewirken wertorientiertes Handeln im Privat- und Berufsleben. Auch Lern- und Leistungskontrollen beschränken sich nicht auf das Abprüfen von Faktenwissen, sondern beinhalten auch entscheidungsorientierte Aufgabenstellungen, die Kenntnisse methodischer Schritte bei der Auswertung von Arbeitsmitteln voraussetzen.

Durch die exemplarische Fächer verbindende Verknüpfung thematisch zusammengehöriger Sachverhalte sollen Zusammenhänge anschaulich verdeutlicht und ganzheitliche Betrachtungsweisen gefördert werden. Dazu eignen sich Sozialformen wie Projektmethode, Planspiel, Rollenspiel und Fallstudie, die auch mehrere Unterrichtsstunden umfassen können. Die Auswahl der Projekte oder Fallbeispiele orientiert sich an der Rolle der Schülerinnen und Schüler als Verbraucher und als zukünftiger Arbeitnehmer. Die notwendige Vernetzung zu anderen Unterrichtsfächern des allgemeinen und fachlichen Bereichs erfordert eine gemeinsame Erarbeitung Fächer verbindender Inhalte und Ziele durch die Fachlehrerinnen und Fachlehrer. Durch den Einsatz ausgewählter Anwendungsprogramme lernen die Schülerinnen und Schüler den Computer als Mittel zur Erledigung von Routinearbeiten und als Entscheidungshilfe kennen.

## Lehrplanübersicht

Schuljahr	Lehrplaneinheiten	Zeitrichtwert	Gesamtstunden	Seite
1	Handlungsorientierte Themenbearbeitung (HOT)	10		5
und/oder	1 Berufsbildung und Arbeitswelt	7		5
2	2 Grundlagen des Vertragsrechts	6		6
	3 Verbraucherbewusstes Verhalten	5		7
	4 Umgang mit Geld	7		7
	5 Grundlagen des Arbeitsrechts	8		8
	6 Entlohnung der Arbeit	5		9
	7 Soziale Marktwirtschaft	12	60*	10
	Zeit für Leistungsfeststellung und zur möglichen Vertiefung		20	
			80	

\* Die Wirtschaftskompetenz kann entweder zweistündig im 1. oder 2. Schuljahr oder einstündig über 2 Schuljahre hinweg unterrichtet werden.

Schuljahr 1 und/oder 2

Zeitrichtwert

**Handlungsorientierte Themenbearbeitung (HOT)****10**

Die Schülerinnen und Schüler bearbeiten Themen handlungsorientiert.

Z. B.  
Projekt,  
Fallstudie,  
Planspiel,  
Rollenspiel,  
DV-Programm

Die Themenauswahl hat aus den nachfolgenden Lehrplaneinheiten unter Beachtung Fächer verbindender Aspekte zu erfolgen.

**1 Berufsbildung und Arbeitswelt****7**

Die Schülerinnen und Schüler können die Notwendigkeit einer Berufsausbildung begründen und Formen der beruflichen Bildung anhand von Materialien erarbeiten und unterscheiden. Die Schülerinnen und Schüler ermitteln die rechtlichen Rahmenbedingungen ihrer Ausbildung und Arbeit. Sie entwickeln ein Gefühl dafür, dass das Ausbildungsverhältnis über die formellen Regelungen hinausgeht und ständige Kooperation erfordert. Die Schülerinnen und Schüler bewerten die Berufsausbildung im Hinblick auf die Bedeutung und Veränderungen in der Arbeitswelt. Sie beurteilen die Aufgaben der Sozialversicherung und der privaten Zusatzversicherung. Die Schülerinnen und Schüler können die Leistungen der Sozialversicherungen unterscheiden und die Beiträge berechnen.

Formen der Berufsbildung  
– duales Ausbildungssystem  
– vollschulische Ausbildung

Vergleich mit anderen europäischen Ländern

Berufsausbildungsvertrag  
– Inhalt  
– Beendigung  
– Überwachung und Beratung

Mustervertrag, Berufsbildungsgesetz (BBiG),  
Handwerksordnung (HWO), Ausbildungsord-  
nung und Prüfungsordnung, je nach Berufsfeld  
Zuständige Stelle für die Ausbildungsberatung  
und Prüfung

Rechtliche Rahmenbedingungen und Überwa-  
chung der Schutzvorschriften in der Arbeits-  
welt  
– Arbeitsschutz für Jugendliche und Erwach-  
sene  
– Mutterschutz, Elternzeit  
– Schwerbehindertenschutz

Berufsgenossenschaft, Gewerbeaufsichtsamt  
Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG),  
Arbeitszeitgesetz (AZG), Arbeitsschutzgesetz  
(ArbSchG), Mutterschutzgesetz (MuSchG),  
Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz  
(BEEG), Schwerbehindertengesetz (SchwbG)

Sozialversicherungen – Rentenversicherung – Krankenversicherung – Pflegeversicherung – Arbeitslosenversicherung – Unfallversicherung – Sozialgerichtsbarkeit	Träger, Beiträge, Leistungen, aktuelle Bezüge, Generationenvertrag
Private Zusatzversicherungen	Zuständigkeit
	Krankenversicherung, Berufsunfähigkeitsversicherung, Unfallversicherung, Rentenversicherung

## 2 Grundlagen des Vertragsrechts

6

Die Schülerinnen und Schüler können wichtige Vorschriften aus Gesetzestexten und Verbraucherschutzinformationen ermitteln und auf Rechtsfälle des beruflichen und privaten Bereichs anwenden. Ihre Fähigkeit, im Team zu arbeiten, wird gefördert. Sie erfassen die Möglichkeiten und Folgen rechtlicher Bindung am Beispiel des Kaufvertrags, stellen Störungen bei der Erfüllung des Kaufvertrags fest und beschreiben die sich daraus ergebenden Rechtsfolgen. Die Schülerinnen und Schüler unterscheiden wesentliche Verjährungsfristen und erläutern die Haftung aus Verträgen und unerlaubten Handlungen.

Rechts- und Geschäftsfähigkeit	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)
Rechtsgeschäfte – ein- und zweiseitige Rechtsgeschäfte – besondere Formvorschriften – Anfechtbarkeit und Nichtigkeit	
Kaufvertrag – Abschluss – Inhalt – Erfüllung – Besitz und Eigentum	Bindung an das Angebot  Eigentumsvorbehalt
Störungen bei der Erfüllung von Kaufverträgen am Beispiel der Schlechtleistung	Mängelrüge, gesetzliche Gewährleistung, Garantie, Beschränkung durch Allgemeine Geschäftsbedingungen
Verjährung von Forderungen – Fristen – Unterbrechung	
Haftung und Schadensersatz	Haftung aus Verträgen und unerlaubten Handlungen, Haftpflichtversicherung, Rechtsschutzversicherung

### 3 Verbraucherbewusstes Verhalten

5

Die Schülerinnen und Schüler werden befähigt, sich selbstständig wichtige Informationen zum Verbraucherschutz zu beschaffen und Fallbeispiele mit Hilfe von Verbraucherinformationen aus Fachzeitschriften und Gesetzestexten zu bearbeiten. Dabei erwerben sie Sozial- und Methodenkompetenz. Die Schülerinnen und Schüler achten auf Allgemeine Geschäftsbedingungen, schätzen die Folgen von Abzahlungsgeschäften ein und beschreiben die Möglichkeiten der Durchsetzung von Ansprüchen aus dem Zahlungsverzug und von angemessenen Reaktionen.

#### Verbraucherberatung

- Organisationen Beratungsstellen, Mieterschutzvereine
- Medien

#### Verbraucherschutzgesetze

- Wettbewerbsrechtliche Regelungen Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb (UWG)
- Allgemeine Geschäftsbedingungen AGB-Gesetz
- Produkthaftung Produkthaftungsgesetz (ProdHaftG)
- Warenkennzeichnung
- Abzahlungs- und Haustürgeschäfte Haustürwiderrufsgesetz (HaustürWG),  
Verbraucher kreditgesetz (VerbrKrG)

#### Folgen von Zahlungsverzug

- außergerichtliche Mahnung Formen, Inkassogesellschaften
- gerichtliches Mahn- und Klageverfahren Zivilprozessordnung (ZPO), Insolvenz-  
Ordnung (InsO)
- Zwangsvollstreckung Lohnpfändung, Eidesstattliche Versicherung

### 4 Umgang mit Geld

7

Die Schülerinnen und Schüler werden befähigt, am modernen Zahlungsverkehr teilzunehmen. Sie können die für verschiedene Zahlungssituationen zweckmäßigen Zahlungsformen auswählen und Kosten vergleichen. Die Schülerinnen und Schüler können die Auswirkungen von Kaufkraftschwankungen und sich ändernden Wechselkursen beurteilen. Sie lernen, die verschiedenen Sparformen gegeneinander abzuwägen und für sich angemessene Sparformen auszuwählen. Sie sind in der Lage, Kredite auf ihre Preiswürdigkeit und Zweckmäßigkeit hin zu überprüfen und lernen, die Wirkungen einzuschätzen, die mit einer Kreditaufnahme verbunden sind. Sie beschreiben und beurteilen Schaubilder und Statistiken und begreifen den Inhalt von Textquellen.

#### Zahlungsmöglichkeiten

- Girokonto Haftung bei beschränkt Geschäftsfähigen
- Überweisungen Kostenvergleich
- Zahlungen mit Karten Sonderformen
- elektronische Verfügungsformen Electronic Cash
- Homebanking

#### Kaufkraftschwankungen

- Kaufkraftmessung Warenkorb
- Preisindex für Lebenshaltung
- Ursachen inflationärer und deflationärer Entwicklungen Folgen für den Einzelnen und die Wirtschaft

Außenwert des Geldes – Wechselkursschwankungen	Einflussgrößen und gesamtwirtschaftliche Bedeutung
Europäisches Währungssystem	
Sparformen – Verfügbarkeit – Verzinsung – Sicherheit	Verschiedene Anlageformen (Sparbuch, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Fonds, Kapitallebensversicherung)
Sparförderung	Vermögensbildungsgesetz, Bausparförderung
Kreditvertrag am Beispiel eines Anschaffungsdarlehens – Form und Inhalt – Sicherheiten  – Gefahren	Verbraucherkreditgesetz (VerbrKrG) Risikolebensversicherung, Sicherungsübereignung, Bürgschaft Überschuldung, Schuldnerberatung

## 5 Grundlagen des Arbeitsrechts

8

Die Schülerinnen und Schüler können einfache Rechtsfälle mit Hilfe von Textquellen, Gesetzestexten und EU-Richtlinien lösen. Sie beschreiben das Individual- und Kollektivarbeitsrecht als Grundlage des Arbeitsverhältnisses, beurteilen die Notwendigkeit der Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer und stellen die wichtigen Regelungen mit Hilfe des Betriebsverfassungsgesetzes dar. Die Schülerinnen und Schüler können die für ihren Bereich gültigen Tarifverträge anwenden und beschreiben deren Inhalt, Abschluss und Geltungsbereich.

Einzelarbeitsvertrag – Anbahnung und Abschluss  – Form und Inhalt  – befristete Arbeitsverträge – Beendigung – Kündigungsschutz	Dienstvertrag nach BGB Bewerbungsgespräche, Arbeitspapiere EU-Regelungen Nachweisgesetz (NachwG), Rechte und Pflichten Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschFG) Zeugnisse Kündigungsschutzgesetz (KSchG)
Tarifverträge	Tarifvertragsgesetz (TVG), Tarifautonomie, Allgemeinverbindlichkeit
Tarifvertragsarten Bedeutung von Tarifverträgen Arbeitskampf	Inhalt, Geltungsdauer, Vertragspartner  Schlichtung, Streik, Aussperrung
Betriebsvereinbarung	

Interessenvertretung der Arbeitnehmer	Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG), Mitbestimmungsgesetz 1976 (MitbestG) Beschwerde- und Informationsrechte
– Interessenvertretung des einzelnen Arbeitnehmers am Arbeitsplatz	
– Interessenvertretung im Betrieb	Betriebsrat, Jugend- und Auszubildendenvertretung
– Mitbestimmung im Aufsichtsrat	Je nach Klassenstruktur
Arbeitsgericht	Zuständigkeit

## 6 Entlohnung der Arbeit

5

Die Schülerinnen und Schüler erörtern leistungsgerechte Entgeltmodelle, erstellen einfache Lohn- oder Gehaltsabrechnungen und ermitteln mit Hilfe von Lohnsteuertabellen das Nettoentgelt. Sie beurteilen die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Lohnkosten.

### Lohnformen

– Zeitlohn	Stundenlohn, Gehalt
– Leistungslohn	Akkord- und Prämienlohn, Einzel- und Gruppenentlohnung
– Beteiligungslohn	Investivlohn, Gewinnbeteiligung

### Gerechte Entlohnung

– Arbeitsbewertungsverfahren	Analytische und summarische Arbeitsbewertung, je nach Branche
– soziale Aspekte	

### Lohnabrechnung

Zulagen und Abzüge, Vermögenswirksame Leistungen, Lohnsteuertabelle

### Wirtschaftliche Aspekte der Entlohnung

Nominal- und Reallohnentwicklung, Veränderung der Produktivität, Lohnzusatzkosten

## 7 Soziale Marktwirtschaft

12

Die Schülerinnen und Schüler erfassen am konkreten Beispiel den Marktmechanismus und die Bedeutung der Wettbewerbssituation für die Preisbildung. Sie bewerten die Einschränkung des Wettbewerbs durch Unternehmenszusammenschlüsse und die daraus resultierenden Gefahren. Die Schülerinnen und Schüler begreifen das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland als Versuch, durch Eingriffe des Staates den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht zu werden. Sie erfassen die Probleme der Sozialen Marktwirtschaft und erkennen ihre damit verbundene Eigenverantwortung. Die Schülerinnen und Schüler unterscheiden die staatlichen Abgaben und bewerten die Problematik einer gerechten Besteuerung.

Markt als Koordinator von Angebot und Nachfrage

- Marktarten
- Verhalten der Marktteilnehmer
- Preisbildung unter Wettbewerb

Räumliche und sachliche Gliederung

Wettbewerbsstörungen durch

- Kartelle
- Unternehmenskonzentration
- staatliche Eingriffe

Kartellgesetz (GWB)  
Ursachen und Auswirkungen

Bedeutung des Staates in der sozialen Marktwirtschaft

Grundaussagen der Verfassung, Grundwerte und Merkmale der sozialen Marktwirtschaft

Sozialprodukt als gesamtwirtschaftliche Messgröße

Nominales, reales Bruttoinlandsprodukt, Problematik des Sozialprodukts als Wohlstandsmaßstab

Probleme der sozialen Marktwirtschaft

- Subventionen, Privatisierung
- Konjunktur- und Strukturprobleme
- Instrumente zur Beeinflussung der Wirtschaft
- Harmonisierung in der EU

Stabilitätsgesetz  
Steuerpolitik, Geldpolitik, Sozialpolitik

Wirtschafts- und Sozialunion

Finanzierung der staatlichen Aufgaben

- Steuern, Gebühren, Beiträge
- Besteuerung des Einkommens
- Grundzüge der Einkommenssteuer-Erklärung

Übersicht, Erhebung und Verwendung  
Steuertarif, Besteuerungsmerkmale